

Mehr studentische Mitbestimmung

Eichstätt (EK) Die Grüne Hochschulgruppe hatte zu zwei Infoveranstaltungen an die Universität eingeladen. Studentische Mitbestimmung und der Ausbau der demokratischen Hochschule standen auf dem Programm. MdB Kai Gehring hielt einen Vortrag zum Thema verfasste Studierendenschaft.



Bild: 

Anatol Fischer und Sven Golob von der Grünen Hochschulgruppe vor dem Infostand.

Anatol Fischer und Sven Golob von der Grünen Hochschulgruppe verteilen Flyer vor einem Infostand. "Nur wer mitspielt, kann bestimmen!", ist darauf zu lesen. Es geht um mehr Demokratie und studentische Mitsprache in den Gremien der Universität. Am 17. Juni stehen Hochschulwahlen an. Doch das studentische Engagement schwindet mit der zunehmenden zeitlichen Belastung in den neuen Bachelor-Studiengängen.

"Durch die verkürzte Studienzeit und die hohe Stoffmenge ist hochschulpolitisches Engagement nicht mehr möglich", meint Sven Golob und spricht von einem "Generationsbruch" in der Studierendenschaft. Seine Kommilitonen aus jüngeren Jahrgängen könnten sich politische Beteiligung neben dem Studium einfach nicht mehr leisten.

Initiative gestartet

Dem will jetzt eine Initiative der Grünen Landtagsfraktion zusammen mit den Grünen Hochschulgruppen entgegenwirken. Ein Studierendenparlament soll am 12. Juni im Bayerischen Landtag zusammentreten. Ziel ist, die Hochschulen im Land demokratischer zu gestalten.

Gemeinsam mit den Grünen Hochschulgruppen wird derzeit an allen bayerischen Unis und Fachhochschulen für die Initiative geworben. Eigentlich war Landtagsabgeordnete Claudia Stamm nach Eichstätt eingeladen, musste den Termin aber krankheitsbedingt absagen. Telefonisch war sie jedoch für den EICHSTÄTTER KURIER erreichbar.

Sie wolle über politische Mitbestimmung informieren, bekräftigte Stamm. Dass Mitbestimmung weitaus besser funktionieren könne, habe sie in ihrer eigenen Studienzeit in Berlin erlebt. Deswegen sei mit dem Studierendenparlament in München nun eine Initiative ins Leben gerufen worden, die beweisen soll, dass die Menschen ihre Hochschulpolitik wirklich selbst gestalten können. Studierende wie Lehrende werden sich parteiübergreifend an der Plenardebatte beteiligen, die anschließend in die Arbeit des Landtags einfließen soll.

Bayerischer Sonderweg

Dafür tritt auch Bundestagsabgeordneter Kai Gehring ein. "Ich finde, Bayern sollte mehr Demokratie an den Hochschulen wagen", so der hochschulpolitische Sprecher. Er war eigens aus Berlin angereist, um über die Inhalte zu sprechen, die für die Plenardebatte von Seiten der Grünen zur Diskussion stehen: "Ich wünsche mir vom Studierendenparlament im Landtag und von den Diskussionen, die hier in Bayern geführt werden, dass man endlich den bayerischen Sonderweg verlässt und den Weg frei macht zu verfassten Studierendenschaften."

In seinem Vortrag sprach Gehring von grün-alternativen Leitbildern, von mehr Nachhaltigkeit, gesellschaftlicher Vielfalt und Demokratie an den Hochschulen. Das Leitbild der demokratischen Hochschule fuße auf größerer Selbstständigkeit und studentischer Mitsprache, die einer deutschlandweit beobachtbaren Steuerung durch die Wirtschaft mehr paritätische Mitbestimmung entgegensetze.

Ein wichtiger Schritt sei die Einführung verfasster Studierendenschaften. In Bayern und Baden-Württemberg sind diese seit 1968 verboten. In allen anderen Bundesländern existieren sie bis heute und gewährleisten die politische Selbstbestimmung der Studierenden. Als Fazit seines Vortrags sah Kai Gehring die demokratische Hochschule als einen Ort, an dem echte Mitsprache und Mitbestimmung mit den "Studis auf Augenhöhe" stattfinde.

Im Anschluss diskutierten Vertreter aller politischen Hochschulgruppen mit dem Bundestagsabgeordneten. Das Thema verfasste Studierendenschaft wurde sehr kontrovers behandelt. Vertreter des RCDS sprachen sich für studentische Mitbestimmung, aber gegen eine "Zwangsmitgliedschaft" in einem solchen Gremium aus.

Von Christian Hübner